

Gesundheitskonferenz 2
Stadtrat Höhe im Interview

Wir sagen „NEIN“ 3
Abstimmung über Fluglärm

Warum feiern Christenmenschen Ostern?

von E. Gutjahr, Superintendent im Evangelischen Kirchenkreis Reinickendorf

Woran denken Sie bei Ostern? An ein orientalisches Märchen? An ein unglaubliches Wunder? An Osterwetter und Frühlingserwachen? An Ostereier? An Osterglocken? An den Osterhasen? An die Osterferien? An Ostermärsche? Für Christenmenschen in aller Welt ist Ostern das älteste und wichtigste Fest der Christenheit. Warum feiern sie es?

Auf diese Frage antwortet ein kleiner Bericht, den ein Besucher, der zu Ostern in Kenia war, einmal gab. Dort in Kenia hielt der Bischof Stefano Moski den Gottesdienst zu Ostern. „Noch während er drinnen in der Kirche den Gottesdienst zum Abschluss brachte, fingen draußen vor der Kirche“, - so heißt es in diesem Bericht, - „schon einige Frauen in ihren bunten Kleidern zu tanzen und zu singen an. Eine Vorsängerin beschrieb in immer neuen Variationen, warum Ostern gefeiert wird und warum Ostern ein Fest der Freude ist. Dann fielen die Frauen in den Kehrreim, der nur aus einer einzigen Zeile bestand: „Der Tod ist tot. Halleluja!“ Die Frauen hatten die Osterpredigt gehört und den Gottesdienst miterlebt, aber dann hielten sie es auf ihren Plätzen nicht mehr aus. Sie mussten aus Freude darüber aufstehen, singen und tanzen. Das Lied war vorher nicht aufgeschrieben worden, sondern es entstand ganz spontan an jenem Ostermorgen! So weit dieser Bericht.

Dieser Ausruf: „Der Tod ist tot! Halleluja“ ist vielleicht die kürzeste Antwort, die wir auf die Frage nach Grund und Sinn des Osterfestes geben können. Halleluja heißt: Gott sei gelobt. Die Frauen, die diesen Jubelruf gesungen haben, brachten ihre Freude über die Osterbotschaft spontan zum Ausdruck und wollten die anderen Gottesdienstbesucher mitreißen. Unwillkürlich musste ich bei diesem Vers auch an den Ostergruß der Christen in der Ostkirche denken. Ich war fünfmal in Wolgograd zu Gast bei den dortigen Gemeinden. In der Osternacht rufen die russisch-orthodoxen Christen und Christinnen einander zu: „Christos woscrese“.

Der Osterglaube der Christen lebt von der Zusage des auferstandenen Christus, dass dem Tod die letzte Macht genommen ist. Zwar leben wir in einer Welt – wer will das leugnen? – in der uns der Tod in vielfältiger Gestalt als Wirklichkeit entgegentritt: im natürlichen Ableben der Menschen, bei Unfällen und Morden, in Bürgerkriegen und kriegerischen Auseinandersetzungen von Völkern, im Sterben der Drogenabhängigen, der Hungernden und der schon in jungen Jahren durch schwere Krankheiten Sterbenden. Aber der Tod ist als Wirklichkeit nicht nur an den Gräbern zu erfahren, sondern er wirkt auch hinein in unser Leben: Resignation, Lieblosigkeit, Gleich-

gültigkeit, Mutlosigkeit, Verzweiflung, Sinnlosigkeit, Einsamkeit, Hass und Unterdrückung sind Spuren seiner Wirklichkeit unter uns. Der Tod regiert als der heimliche Herrscher oft auch dort, wo – oberflächlich betrachtet – pulsierendes Leben zu beobachten ist.

Der Christ, der von der Auferstehungsbotschaft seine Lebenskraft erhält, lebt in dieser vom Tod bedrohten Welt mit der Hoffnung, dass letztlich das Leben über den Tod triumphieren wird. Ohne diese Hoffnung, so sagt der Apostel Paulus, wären wir die Elendsten unter den Menschen. Christen sind „Liebhaber des Lebens.“ Christenmenschen bekennen (nicht nur zu Ostern): „Jede Stunde, die wir leben, leben wir dem Tod und der Auferstehung entgegen.“

*Vor dem Tor
Jeder sonnt sich
heute so gern.
Sie feiern die
Auferstehung
des Herrn, Denn
sie sind selber
auferstanden:
Aus niedriger
Häuser dumpfen
Gemächern, Aus
Handwerks- und
Gewerbesbänden,
Aus dem Druck
von Giebeln und
Dächern, Aus
der Straßen
quetschender
Enge, Aus der
Kirchen
ehrwürdiger
Nacht Sind sie
alle ans Licht
gebracht.
(Johann
Wolfgang von
Goethe,
Faust I)*



Ostermärsche 2008

In unserer Region findet am **23. März, 14 Uhr**, der traditionelle Oster-spaziergang **in Fretzdorf** statt, um gegen die Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide als Bombodrom durch die Bundeswehr zu demonstrieren.

Weitere Infos: www.freie-heide.de

Am **24. März, 12 Uhr**, am **Adenauerplatz** beginnt der Berliner Ostermarsch. Die Abschlusskundgebung ist gegen 13.30 Uhr am Breitscheidplatz. Weitere Infos: www.friko-berlin.de

Schule als Chance für alle Kinder

Problembewusstsein und Lösungsansätze entwickelt

Am 23. Januar 2008 fand unter der Leitung des Reinickendorfer Stadtrates für Gesundheit und Soziales, Andreas Höhne, im Fontane-Haus eine Gesundheitskonferenz zum Thema „Wohin mit Kindern, für die die Schule zu einem besonderen Problem wird? – Schuleingangsphase: Chancen und Probleme“ statt. WiR führte dazu ein Interview mit dem Stadtrat. Die Fragen stellte Klaus Gloede.

Was bewog Sie zu dem „Ausflug“ in ein Nachbarressort?

Vorweg: Die Gesundheitskonferenz war ein großer Erfolg. Fast 300 Fachleute aus den Bereichen Gesundheit, Schule und Jugend weit über die Bezirksgrenze hinaus haben sich beteiligt. Die beeindruckende Multiprofessionalität unterstreicht, dass spezielle Themen nicht immer eindeutig nur einem Ressort zugeordnet werden können. So streift auch das Thema Schuleingangsphase verschiedene Handlungsfelder, und eine sehr wichtige Erkenntnis der Konferenz ist, dass ein verstärktes Zusammenwirken aller Akteure erforderlich ist.

Die Zahl der förderbedürftigen Kinder hat sich in den letzten Jahren erhöht. Darum haben wir uns den gesundheitlichen Aspekten gewidmet – speziell der Frage, welche Hilfestellungen möglich und notwendig sind, um Schülerinnen und Schülern mit besonderen Entwicklungshemmnissen und –störungen vor allem in den ersten Grundschuljahren die erforderliche Unterstützung zu geben.

Der vorgezogene Schuleintritt, die Jahrgangsmischungen, der Verzicht auf Rückstellungen und der Wegfall der Förderschwerpunkte „Emotionale und soziale Entwicklung“ sowie „Lernen“ sind Versuche, eine frühe Etikettierung zu vermeiden. Gleichzeitig fallen Fachleuten und Eltern zunehmend Kinder auf, die dem Schulbesuch in den ersten Klassen noch nicht gewachsen sind. Sie werden auf Grund von Ent-

wicklungsproblemen in der Schule verhaltensauffällig, ängstlich, zurückgezogen oder krank und dann immer öfter den Fachdiensten im Bezirk vorgestellt. Unsere Ziele waren unter anderem, auf die Situation von Kindern mit unterschiedlichen Handicaps hinzuweisen und zu beraten, wie eine Integration möglichst aller gelingen kann.

Was geschieht mit den Vorschlägen der Konferenz?

Nach Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Situation und der Warnung vor zunehmender Ausgrenzung verhaltensauffälliger Kinder wurden im Rahmen von Fachvorträgen, Workshops und der abschließenden Podiumsdiskussion diverse Vorschläge erarbeitet.

Wichtig ist, dass diese Gruppe von Kindern mit ihren besonderen Problemen nicht vergessen wird und dass sie sofort nach Schulbeginn – unter Berücksichtigung entsprechender Gutachten aus der Vorschulzeit – in die Förderung mit einbezogen werden. Hierzu sind verschiedene Modelle in der Diskussion und denkbar – vor allem müssen zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden, um flexibler reagieren zu können.

Verlauf und Ideen der Reinickendorfer Konferenz werden in einer Abschlussdokumentation zusammengefasst und über das Internet zugänglich gemacht. Die Konferenz war insoweit Grundlage für eine weitere ressortübergreifende Diskussion auf Senats- und Bezirksebene sowie für die Entwicklung von Strategien zur Umsetzung.

Außerhalb der Tagesordnung gaben alle Fraktionen **Ehrenerklärungen** für den ehemaligen CDU-Finanzstadtrat Uwe Ewers ab: Seine Amtsführung sei untadelig gewesen. Schuldzuweisungen gegen den 2007 verstorbenen Politiker seien „weder sachlich, noch moralisch“ (FDP) gerechtfertigt. Bezirksbürgermeisterin Wanjura hatte in einem Interview für die „Berliner Morgenpost“ ihre Verantwortung für die skandalöse Spendenpraxis im Bezirksamt geleugnet und auf das Haushaltsamt als zuständig für die „haushaltsrechtliche Abwicklung“ der Spenden verwiesen. Das BA hatte daraufhin in einer von allen, also auch den CDU-Stadträten getragenen Erklärung richtig gestellt, der Ex-Finanzstadtrat sei „an den zurzeit untersuchten Spendenvorgängen nie beteiligt, weil nicht zuständig“ gewesen. Die bewussten Spendenbescheinigungen seien auch von Frau Wanjura unterschrieben worden. Als erste Konsequenz aus dem Skandal hat der Haushaltsausschuss das BA ersucht, **Leitlinien für den künftigen Umgang mit Spenden, Sponsoring und Mäzenatentum** umzusetzen und der BVV darüber bis zum 30.4.2008 zu berichten (Drs.-Nr.: 0424/XVIII).

Im Zentrum der Sitzung standen Debatte und namentliche Abstimmung über den „Ersatzbeschluss“ **Reinickendorf zeigt Flagge – Regenbogenfahne wird ab 2008 gehisst!** (Drs.-Nr.: 0440/XVIII) – s. nebenstehenden Beitrag. Einstimmig wurde das BA ersucht, ein Konzept **„Bewusstsein für die Belange von Schwulen und Lesben in Reinickendorf entwickeln“** zu erarbeiten (Drs.-Nr.: 0209/XVIII).

Das BA beantwortete Große Anfragen zum **Persönlichen Budget – vom Modellprojekt zum Rechtsanspruch (SGB IX § 17)** von Menschen mit Behinderungen (Drs.-Nr.: 0413/XVIII), zum **Nichttraucherschutz in Reinickendorfer Gaststätten** (Drs.-Nr.: 0423/XVIII) und zum Umgang mit jugendlichen **Intensivtätern in Reinickendorf** (Drs.-Nr.: 0419/XVIII). Die CDU gab dabei erneut Einblicke ihr unsägliches Menschenbild, die im Stile von (Hessen-)Koch nichts anderes als Strafmündigkeit ab 12, härtere Strafen, Wegsperrern, Abschieben, Versagen des Führerscheins für „derlei Elemente“ (O-Ton Frau Köppen) kennt. K.G.

BVV lässt sich nicht entmündigen

Die BVV Reinickendorf hat am 13. Februar in namentlicher Abstimmung mit 29 Ja-Stimmen (SPD/B90/FDP/Graue/Einzelverordnete) gegen 23 Stimmen der CDU eine Entscheidung des Bezirksamtes aufgehoben und entschieden, in der Woche vor dem Christopher-Street-Day (in diesem Jahr vom 21. bis 28. Juni) die „Regenbogenfahne“ vor dem Rathaus zu hissen. Ein solcher „Ersatzbeschluss“ wurde erstmals gefasst.

Bezirksamt und CDU-Fraktion hatten zu Beginn der Sitzung durch Einberufung des Ältestenrates versucht, die Abstimmung zu dem Antrag bis zur Rückkehr von Frau Wanjura zu verschieben, was von den übrigen Fraktionen abgelehnt wurde. Die CDU stellte sich erneut hinter Frau Wanjura „als beliebteste Bürgermeisterin Berlins“, protestierte jedoch nicht gegen das Vorgehen.

Friedrich Wilhelm

Bezirksverwaltungsgesetz, § 12 Zuständigkeit der Bezirksverordnetenversammlung

(3) Die Bezirksverordnetenversammlung kann ... im Falle des § 13 Abs. 2 Entscheidungen des Bezirksamtes aufheben und selbst entscheiden ... GVBl. S. 390

„NEIN“ zum Verkehrsflughafen - in Tempelhof und Tegel

Bündnis für ein flugfreies Tempelhof gegründet

Es wird so kommen: Am 27.4.2008 werden die Berlinerinnen und Berliner zum Volksentscheid gerufen.

Es geht um nicht weniger als um die allerdings mehr rhetorische Frage, ob der Senat aufgefordert wird, sofort die Schließungsabsichten für den Flughafen Tempelhof zum 31. Oktober 2008 aufzugeben und den Widerruf für dessen Betriebsgenehmigung aufzuheben. Insbesondere die Berliner CDU und deren argumentative Speerspitze F. Pflüger, Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus, wollen erklärtermaßen einen Volksentscheid zu einer Abstimmung über die Politik des rot-roten Senats machen. Eine verlogene, von Wirtschaftsinteressen geleitete Kampagne.

Das „Bündnis für ein flugfreies Tempelhof“, Ende Februar gegründet von SPD, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, Verbänden (u. a. AWO, NABU, BUND) und Initiativen (u. a. BI gegen das Luftkreuz), tritt dafür ein, das Tempelhofer Feld für alle zu öffnen. Es ruft alle Berlinerinnen und Berliner auf, mit „Nein zum Verkehrsflughafen“ zu stimmen.

Das Ergebnis der Abstimmung über die Zukunft des Flughafens Tempelhof wird zweifellos auch Auswirkungen auf die für 2011 geplante Schließung des Flughafens Tegel haben. Die diversen umwelt- und gesundheitspolitische Aspekte der kontroversen Diskussion werden seitens der Flughafenbefürworter leider komplett ignoriert. *js*



Lärm macht krank

„In der Nähe der Flughäfen leiden die Menschen wesentlich häufiger an Herz-Kreislauf-Erkrankungen als Bewohner von Stadtteilen mit geringer Lärmbelastung“

Lärmwirkungsforscher vom Umweltbundesamt untersuchten im Rahmen der von der Europäischen Kommission geförderten Studie gut tausend Anwohner des Berliner Flughafens Tegel. Das Ergebnis: Schon ein Anstieg des nächtlichen Fluglärmpegels um zehn Dezibel im Schallpegelbereich zwischen 30 und 60 Dezibel erhöht das Bluthochdruck-Risiko um etwa 14 Prozent. Der Körper reagiert auf laute Geräusche mit einer typischen Stressreaktion. Diese kann auch im Schlaf ablaufen, ohne dass wir dabei wahr werden. Zudem werde das Immunsystem geschwächt. Einige Stressforscher halten daher sogar einen Zusammenhang zwischen einem hohen Cortisol-Pegel und Allergien, Asthma und auch Krebs für möglich.

Stefan Willich von der Charité bezeichnet die Ergebnisse der EU-Studie als besorgniserregend. Dem Einzelnen rät er, notfalls mit Ohrstöpseln zu schlafen. Schallschutzwände seien sehr effektiv, Flughafenanwohnern nützen solche Wände jedoch nichts. „Ihnen bleibt nur die Hoffnung auf modernere Flugzeuge mit leiseren Triebwerken“ ...oder die Schließung des Flughafens.

Jürgen Schimrock

Landeanflug, Kurt-Schumacher-Platz 2008

Foto: F. Neumann

Mehr Infos, den vollständigen Text des Aufrufes des Bündnisses für ein flugfreies Tempelhof und weitere Links zum Thema unter: www.dielinke-reinickendorf.de/politik/dokumente/thf_oeffnen_fuer_alle/

Friedbert Pflüger (CDU) im rbb, am 12. Februar 2008 zur nebenstehenden Studie:

„Was soll diese ganze Polemik? ... Kein Mensch freut sich über den Lärm ... reine Agitation der Film ... ich will den Flugbetrieb ...“

Ohne Kommentar

Auszüge aus dem Aufruf:

Keine Flughäfen in Wohngebieten

Flughäfen in dichtbesiedelten Wohngebieten belasten viele Menschen mit Fluglärm und Luftverschmutzung. Ein Flugzeugabsturz mitten in der Stadt hätte fatale Folgen. Der Flughafen Tempelhof wäre heute aus Sicherheitsgründen nicht mehr genehmigungsfähig...

Mit Tempelhof keinen BBI

Die Berliner Flächennutzungsplanung und die gemeinsame Verkehrsentwicklungsplanung von Berlin und Brandenburg schreiben aus guten Gründen die Konzentration des Flugverkehrs in BBI fest... Wer einen wesentlichen Eckpfeiler aus diesem Flughafenkonzept herausbricht, indem er Tempelhof weiter betreiben will, riskiert einen Baustopp beim BBI und damit auch eine Offenhaltung Tegels.

Flughafen-Befürworter: verantwortungslos u. doppelzüngig

Die Befürworter des Volksentscheides haben kein Konzept für die Zukunft des Flugbetriebs. Vielmehr erzählen sie jedem etwas anderes: mal soll Tempelhof Verkehrsflughafen bleiben und 2 Millionen Passagiere im Jahr abfertigen, mal Sonderflughafen für eine Hand voll Manager werden...

Ein Standort ist wirtschaftlicher als drei

Tempelhof verursacht jährlich Verluste von durchschnittlich 10 Millionen Euro, die letztlich der Steuerzahler aufbringen muss. Die Konzentration auf einen zentralen Großflughafen für die gesamte Region ist die beste Lösung und eine gute Investition...

Tempelhof aufmachen - für alle

Die Öffnung des Tempelhofer Feldes für alle bietet einzigartige Möglichkeiten der Stadtentwicklung, von denen alle Berlinerinnen und Berliner profitieren...

Wir wollen den überwiegenden Teil des Areals in ein Erholungs-, Sport- und Freizeitgebiet verwandeln und zu einer grünen Lunge der Stadt machen. Das denkmalgeschützte Gebäude und die Randbereiche bieten Platz für vielfältige kulturelle Aktivitäten, innovative Firmen mit zukunftssicheren Arbeitsplätzen und neuartige Wohnprojekte...

Wir rufen alle Berlinerinnen und Berliner auf:

Stimmen Sie beim Volksentscheid mit

Nein zum Verkehrsflughafen -

und für eine Zukunft des Tempelhofer Feldes für alle!



Warum DIE LINKE?

In einer Gesellschaft, die mit zunehmendem Maße nur auf der Jagd nach Profit ist und durch soziale Ungerechtigkeiten (Agenda 2010, Rente mit 67, „Teil“-Privatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung etc.) und dadurch bedingter Zukunftsängste gekennzeichnet ist, erscheint es mir nun als sehr wichtig, in der 2007 neu gegründeten gesamtdeutschen LINKE diesen doch sehr gravierenden Einschnitten durch meinen Eintritt entschieden entgegenzuwirken.

Als ehemaliger SPD-Wähler und ver.di-Mitglied sind mir meine Rechte als Arbeitnehmer schon immer

sehr wichtig gewesen; jedoch ist mir die sehr ambivalente Haltung der SPD, die ja in deren Historie schon



öfter zutage getreten ist, schon immer negativ aufgefallen. Durch die Schröder-Reformen hat sich diese Partei endgültig für mich nicht mehr wählbar gemacht.

Durch mein schon immer starkes politisches Interesse, speziell für den Sozialismus, habe ich mich für die LINKE entschieden, denn Sozialismus bedeutet für mich einfach mehr Demokratie, Gerechtigkeit und Menschlichkeit.

*Benjamin Yong,
Krankenpfleger, 31 Jahre*

Kein Bock auf Nazis

„Runder Tisch Reinickendorf gegen rechts“ mit Broschüre für Schülerinnen und Schüler

„Wir stellen fest, dass Rechtsextremismus in unserem Bezirk zunimmt und wollen konstruktiv dagegen wirken ... Mitglieder unseres Runden Tisches sind engagierte Bürgerinnen und Bürger, verschiedene politische Parteien und Jugendorganisationen, Antifaschistische Organisationen sowie Gewerkschaften... Rassismus, Intoleranz und Neonazismus sind auch in Reinickendorf ein Problem... Rassismus hat viele Formen und Ausdrucksweisen. Wir wollen Euch mit dieser Broschüre einen Eindruck liefern, was wir davon halten. Nämlich nichts.“

Aufklärung über Strukturen der rechtsextremen Szene und Nazi-sprühereien in Reinickendorf sind Inhalt der neuen Broschüre des

„Runden Tisches Reinickendorf gegen rechts“. Aber auch Beispiele für Gegenstrategien werden dargestellt.

Eine Analyse der Wahl 2006 - mit besonderem Bezug auf Frohnau - zeigt u. a. anschaulich auf, dass ein rechtsextremes Wählerpotential über der 3-Prozent-Marke Grund ist, sich dieses Themas anzunehmen.

Die Broschüre soll Mut machen, Öffentlichkeit schaffen, aufklären, gemeinsames Handeln befördern. „Allein ist es immer schwierig. Man braucht Gleichgesinnte, um sich gegenseitig anzuspornen, neue Ideen zu entwickeln und nicht zu denken, dass man sowieso nichts bewegen kann.“ Die Broschüre ist ab März auch im Roten Laden erhältlich.

Linksjugend [solid] Reinickendorf

Am Rande Biolek für Hartz-IV-Empfänger

Das Rauschen im Blätterwald war nicht zu überhören. Sarrazin als „Biolek der Hartz-IV-Empfänger“ gab Tipps für eine gesunde und ausgewogene Ernährung, bei der - man höre und staune - sogar noch ein paar Cent auf den veranschlagten Tagessatz gespart werden konnten.

Dumm nur, dass die von ihm vorgeschlagenen Gerichte, wie eine halbe Kohlrabi, eine Scheibe Bierschinken, eine Bratwurst usw., nicht in diesen geringen Mengen beim Discounter erworben werden können. Also: Warum nicht die Großpackung, wenn es schmeckt, nicht auch eine ganze Woche lang genießen.

Als 18-jähriger hätte er von solch einem Speiseplan geträumt, ließ er in einem Interview verlauten - heute wären es sicher nur noch Alpträume. Und warum sich nicht mal das Spätmittelalter ins Gedächtnis rufen: Auf Erlaß der Herzöge von Sachsen im Jahre 1482 wurden Speisefolgen für „Werkleute“ festgelegt - die man allerdings qualitativ heute als eher bürgerlich bezeichnen kann.

Es ist schon ziemlich abstrus, wenn der Finanzsenator versucht, uns die Höhe des Hartz-IV-Satzes kulinarisch schmackhaft zu machen. Ein mehr an Geld wäre ja auch nicht vertretbar, da es die Betroffenen sowieso nur für Genussmittel, sprich Suff und Nikotin, ausgeben würden.

Ein ähnlich gelagertes, aber eher devotes, Verhältnis zum Geld haben unsere sog. Leistungsträger. Um es vor fremden Zugriff wie Fiskus oder Sozialschmarotzern zu schützen, verbringen sie es unter fremden Namen ins Ausland. Und so rundet sich das Bild, wie in einem Hamsterrad: Ein Ende ist nicht absehbar. *F. N.*

Termine

... im Roten Laden...

Montag, **17. März, 18 Uhr, offene Mitgliederversammlung** der LINKE Reinickendorf, Thema: DIE LINKE. und die Gewerkschaften.

Mittwoch, **23. April, 19 Uhr**, Tege-ler Dialoge zur Demokratie: „**Nun sag, wie hast du's mit der Religion?**“ Werte in der Schule und in der Gesellschaft – wer kann, wer soll sie vermitteln? Streitgespräch mit Eberhard Gutjahr, Superintendent im Evangelischen Kirchenkreis Reinickendorf, und Stefan Liebich, MdA, DIE LINKE., Moderation: Dr. Klaus Gloede, Eintritt: 1,50 Euro

Homepage:
www.reinickendorf-
gegen-rechts.de

E-Mail:
kontakt@
reinickendorf-
gegen-rechts.de

Impressum

Herausgegeben vom Landesvorstand Berlin der Partei DIE LINKE., V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf

wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden

sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE. Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

redaktion@die-linke-
reinickendorf.de